

Ottmar Ilchmann, AbL, Rede bei der Schlachthof-Demo Emstek, 11. Jan. 2013

Nach so vielen hochkarätigen Vorrednern traue ich mich als einfacher Bauer kaum, hier das Wort zu ergreifen. Damit das Niveau nicht allzu sehr abfällt, stelle ich an den Anfang meiner Ausführungen ein Zitat eines hochrangigen Mannes:

„Es gibt Branchen in Deutschland, in denen Arbeit zu Entgelten entlohnt wird, die schlicht inakzeptabel sind. Wenn Werkverträge missbraucht werden, um soziale Standards zu umgehen, ist das nicht in Ordnung. Auch Arbeitnehmer aus anderen europäischen Ländern müssen in Deutschland fair behandelt werden. Löhne und Gehälter haben auch etwas mit der Würde von Arbeit zu tun.“

Soweit das Zitat. Diese schönen Worte stammen nicht etwa von einem Gewerkschafter oder einem Vertreter der Linken oder auch der SPD, nein, sie stammen aus einem Interview unseres amtierenden Ministerpräsidenten David McAllister in der TAZ vom 20. 12. letzten Jahres. Noch deutlicher hat sich gerade Herr Laumann zu den sozialen Standards geäußert, und auch Frau Geuters Ausführungen gingen in dieselbe Richtung. Also: Was wollen wir noch hier? Alle wichtigen Parteien sind sich anscheinend einig und unterstützen unsere Forderungen. Ich frage mich dann nur, warum an diesem Standort Emstek genau diese Praxis, die doch alle politischen Kräfte ablehnen, jetzt gerade noch einmal durchexerziert wird. Gibt es vielleicht einen Unterschied zwischen politischen „Fensterreden“ und politischer Praxis? Frau Geuters Partei ist momentan in Niedersachsen nicht in der Situation, dass sie den Worten Taten folgen lassen muss; das ändert sich vielleicht nächstes Wochenende. Aber es drängt sich doch der Eindruck auf, dass Herr Laumann und Herr McAllister gar nicht auf einer Linie mit der Mehrzahl ihrer CDU-Landtagskandidaten sind! Nachdenklich stimmt mich in diesem Zusammenhang die Resonanz der Landtagskandidaten der Union auf einen Abgeordnetencheck des Agrarbündnisses Niedersachsen. In diesem Zusammenschluss vieler NGOs mit Interesse an landwirtschaftlichen Fragen vertrete ich die AbL. Hier antworteten auf die Frage „Unterstützen Sie die Durchsetzung von fairen Erzeugerpreisen und gerechten Löhnen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft?“ nur erschreckend geringe 16 % der CDU-Vertreter mit ja. Ist die CDU im „Agrarland Nr. 1“ vielleicht doch enger mit den Interessen der Agrar- und Lebensmittelindustrie verbandelt, als sie wahrhaben will? Ist vielleicht deshalb der politische Wille, das als richtig Erkannte durchzusetzen, gar nicht vorhanden? Besser als der Nordrhein-Westfale Laumann hätte hier sicher unser hiesiger CDU-Agrarexperte Clemens Große Macke Auskunft geben können, der heute leider verhindert ist.

Nach diesem kleinen Exkurs zur Glaubwürdigkeit der Politik jetzt aber zu meinem eigentlichen Thema Landwirtschaft. – Zu wessen Vorteil ist denn nun die Lohndrückerei in der Schlachtbranche? Man könnte ja meinen, die Landwirte profitieren, denn jeder beim Lohn eingesparte Euro könnte doch den Bauern in Form von höheren Erzeugerpreisen zugute kommen. Schließlich sind Landwirte bei den Fleischkonzernen ja bestens vertreten, bei VION beispielsweise sitzt mit Werner Hilse sogar Niedersachsens oberster „Bauern“-Verteter im Aufsichtsrat. Aber vielleicht vertritt er gar nicht mehr die Interessen der Kollegen, sondern der Industrie? Bei den Bauern jedenfalls scheinen die eingesparten Gelder nicht zu landen. So klagt zum Beispiel die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands ISN:

„Aus Sicht der Schweinehalter war das abgelaufene Jahr trotz eines relativ hohen Schweinepreises durchwachsen: Nur in wenigen Wochen war eine vollkostendeckende Schweinehaltung möglich. 2012 hat eindeutig belegt, wie schwierig der Spagat zwischen dem Anspruch höherer Preise auf der einen Seite und

der Zahlungsbereitschaft von Schlachtunternehmen und Lebensmitteleinzelhandel auf der anderen Seite ist.“

Dieser Zustand hält aber eigentlich schon seit mehreren Jahren an. Der Schweinemarkt funktioniert nicht mehr. Kurzen Preishochs folgen lange Täler, so dass selbst die bauernverbandsnahe ISN fragt: „Wer füllt sich die Taschen?“ Auf dem Schlachtschweinemarkt ist es mittlerweile zu einer derartigen Konzentration auf der Abnehmerseite gekommen, dass die vier großen Konzerne die Erzeugerpreise diktieren können. Mit sogenannten „Hauspreisen“ werden mögliche und nötige Preiserhöhungen unterlaufen. Die Einzelhandelskonzerne und die Verarbeiter und Schlachtunternehmen kommen dabei immer auf ihre Kosten, wie eine Untersuchung der niederländischen Rabobank eindrucksvoll zeigt. Hier stellte sich heraus, dass der Einzelhandel im Schnitt der Jahre auf eine Gewinnmarge von 22 % kommt. Den Verarbeitern bleiben auch noch 15 bis 17 %, während die Landwirte seit vier Jahren keine Kostendeckung mehr erzielen, von Gewinnen ganz zu schweigen. Diese Zahlen sind sicherlich auf den deutschen Markt übertragbar. Aber warum funktioniert dieses Spiel? Grund dafür ist die für Bauern fatale Überproduktion auf dem deutschen und europäischen Schweinemarkt. Diese wird von den Schlachtunternehmen unter dem Motto „Eroberung der Weltmärkte“ immer noch weiter angeheizt. Aber diese zu deutschen Kosten produzierten Schweine sollen bei der Belieferung Russlands und Chinas mit Billig-Anbietern aus Brasilien und China konkurrieren. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Diese ruinöse Überproduktion, die zudem nur mit teuren Soja-Importen aus Südamerika funktioniert, gefährdet die gesamte mittelständisch-bäuerliche Schweinehaltung und fördert das Vordringen agrarindustrieller Schweinehalter. Brandaktuelles Beispiel ist ein in der Gemeinde Rhede/Ems geplanter Megastall eines niederländischen Investors mit zunächst 8.000 Mastplätzen. Dieser Investor hat durch eine „Abwanderungsprämie“ der niederländischen Regierung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den ansässigen bäuerlichen Betrieben, die er letzten Endes verdrängt. Mit jedem ausscheidenden Bauernhof geht aber ein Stück regionale Lebensmittelerzeugung und Wertschöpfung verloren, von den sozialen und ökologischen Leistungen der bäuerlichen Betriebe ganz zu schweigen. Landwirte stemmen sich natürlich möglichst lange gegen den Untergang ihres Hofes. Dazu versuchen sie, durch Intensivierung die Produktion zu steigern. Selbstaussbeutung und Ausnutzung der kostenlosen Familienarbeitskräfte sind an der Tagesordnung. Man versucht, aus sich selbst, dem Tieren und der Fläche das Möglichste herauszuholen. Aber mit dieser intensiven Wirtschaftsweise gehen natürlich viele Belastungen für das Umfeld, die Landschaft und die Umwelt und Beeinträchtigungen des Tierwohls einher. Das bringt die Landwirte dann in Gegensatz zu einem Großteil der Bevölkerung, der diese gesellschaftlichen „Kollateralschäden“ der „modernen Landwirtschaft“ nicht länger hinnehmen will. Zwischen Kostenreduzierung einerseits und Verlust der gesellschaftlichen Akzeptanz andererseits sitzen die Bauern in der Zwickmühle. Der Ausweg kann nur in einer Abkehr von der Weltmarktorientierung liegen. Um faire, kostendeckende Erzeugerpreise möglich zu machen, müssen die preisdrückenden Überschüsse abgebaut werden, die mittlerweile um 20 % über dem deutschen und europäischen Verbrauch liegen. Erreichbar ist dies – mit gesellschaftlicher Akzeptanz – durch den europaweiten Rückbau auf eine flächengebundene, artgerechtere und antibiotika-unabhängige Schweinehaltung auf Stroh mit begrenztem Auslauf der Tiere. Dies ist auch die logische Konsequenz der Tierhaltungs-Anforderungen der EU und des niedersächsischen Tierschutzplans. Eine solche Haltungsform können nur Bauernhöfe und nicht Agrarfabriken gewährleisten. Die Rückbesinnung auf Klasse statt Masse sollten Bauern als Chance begreifen. Sie muss auf allen Stufen der Fleischerzeugung und –verarbeitung gelten. Generell müssen wir wieder dahin kommen, dass nicht die Menschen der Wirtschaft, sondern dass die Wirtschaft den Menschen dient!